

Anfragen zum Plenum

in der 43. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sehen die in der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung des Grundstücks des Strafjustizzentrums München untersuchten Szenarien jeweils vor, wie viele Wohnungen bzw. qm Wohnfläche könnten laut Machbarkeitsstudie je Szenario entstehen und welche Kosten (Gesamtkosten sowie Quadratmeterpreis) nennt die Studie für die verschiedenen Szenarien (Abriss und Neubau, Umbau, Verkauf, evtl. Kombinationen dieser Varianten)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bei der Fusion des Augsburger Verkehrs- und Tarifverbundes und des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes, inwieweit beteiligt sich der Freistaat an den einmaligen und dauerhaften Kosten der Fusion (Umstellungskosten, Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste) und welche Voraussetzungen müssen für diese Kostenübernahmen erfüllt sein?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Interessierten haben Vertreter der Staatsregierung bzw. von Behörden oder Unternehmen des Freistaates schon Gespräche bezüglich des Verkaufs oder der Entwicklung des ehemaligen Strafjustizzentrums an der Nymphenburger Straße geführt, gab es bereits Kontakte zu der Firma Rock Capital, und wer war an diesen Gesprächen mit interessierten Firmen oder Rock Capital auf Seiten des Freistaates beteiligt oder wurde darüber informiert?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird sie zur am 09.04.2025 in Kraft getretenen zwölften Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) ergänzende Vollzugshinweise oder andere Vorgaben für Straßenverkehrsbehörden beispielsweise in Form eines Innenministeriellen Schreibens (IMS) oder eines Erlasses herausgeben, wie wird erklärt, dass die Verkehrsbehörden inzwischen über ein Jahr nach der am 11.10.2024 erlangten Rechtskraft der 57. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften und damit gültigen StVO qua Ankündigung eines IMS des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration von dessen Vollzug abgehalten werden und

wie werden etwaige durch die Neuregelungen vermeidbaren Verkehrsunfälle in Bayern bewertet?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wo genau verläuft die geplante Trasse der Bundesstraße B26n durch das Wassereinzugsgebiet der „Zeller Quellen“ bzw. das geplante erweiterte Wasserschutzgebiet „Zeller Quellen“ (bitte mit möglichst genauen Flurbezeichnungen, betroffenen Gemeindegebieten und jeweiliger ungefährender Quadratmeter- bzw. Hektar-Zahl angeben), welche planerischen und damit auch finanziellen Auswirkungen könnte diese Lage auf die Planungen der B26n haben (bitte insbesondere die erwarteten zusätzlichen Kosten für den notwendigen Grund- und Trinkwasserschutz angeben) und was unternimmt aktuell die Staatsregierung, um den Bau der B26n auf der ursprünglich geplanten Trasse zu verhindern bzw. um zusätzliche Gefahren für die Trinkwasserversorgung von über 80 000 Menschen in der Region sicher auszuschließen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß ist die Menge an schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfällen, die derzeit am eigentlich nur als Brennelemente-Zwischenlager vorgesehenen AKW-Standort Gundremmingen (AKW = Atomkraftwerk) eingelagert ist, wann wird dieser Atommüll endgültig entsorgt werden und welche Vorkehrungen wurden in jüngster Zeit vorgenommen, um das Zwischenlager Gundremmingen vor der zunehmenden Störung und Bedrohung durch Drohnen unbekannter Herkunft zu schützen?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau sehen ihre Planungen aus, sog. Dublin-Zentren in Bayern einzurichten (bitte die möglichen Einrichtungen und Kapazitäten sowie die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Versorgung der Geflüchteten erläutern)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie zu den beiden in der Woche vom 29.09. – 05.10.2025 erfolgten Brandanschlägen auf das Gebäude mit den AfD-Büros von Rene Dierkes und Tobias Teich in der Sebastian-Bauer-Str. 8 München, warum wurden nach dem ersten Anschlag am 29.09.2025 die Sicherheitsvorkehrungen seitens der Polizei nicht erhöht und warum wurden die Betroffenen (Abgeordnete, Mitarbeiter, Inhaber des zerstörten Handwerksbetriebs im selben Gebäude) nach dem 2. Brandanschlag nicht von den Behörden kontaktiert?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die jährlichen Kfz-Neuzulassungen in den Jahren von 2014 bis 2024 in Bayern und wie hoch war daran der jeweilige Anteil von Fahrzeugen mit Benzin-, Diesel- und Elektroantrieb sowie der Anteil von Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen (bitte sowohl in absoluten Zahlen sowie prozentual angeben)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wen hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) mit der Erstellung der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung des Grundstücks des Strafjustiz-

zentrums München beauftragt, in welchem Zeitraum wurde an der Machbarkeitsstudie gearbeitet und was hat das StMB für die Erstellung der Machbarkeitsstudie gezahlt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der von der Staatsregierung nach ihrem Gesetzentwurf geplanten Änderungen im Bayerischen Wassergesetz (BayWG) sowie im Bayerischen Gesetz zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes (BayAGWVG), nach denen künftig eine privilegierte Grundwasserentnahme durch Wasser- und Bodenverbände möglich gemacht werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie dabei die Risiken der Übernutzung von oberflächennahem Grundwasser durch das Fehlen ökonomischer und regulatorischer Anreize zur Begrenzung der Entnahmen minimiert werden sollen, welche Kontrollmöglichkeiten sowie Kontrolldichte durch die zuständigen Behörden es angesichts des erfolgten (ca. ein Drittel weniger Belegschaft in der Wasserwirtschaft in den letzten 20 Jahren) und des angekündigten (Reduktion weiterer 10 000 Stellen in der Staatsverwaltung in den nächsten Jahren) Personalabbaus zur Überwachung der Wasser- und Bodenverbände künftig geben soll (bitte unter Angabe des dafür erwarteten zusätzlich nötigen Personals und Kosten in der Wasserwirtschaftsverwaltung) und welche finanziellen Ausgleichsmechanismen sowie rechtlichen Schutzmöglichkeiten die Staatsregierung vorsieht für die Beteiligten, insbesondere Landwirtinnen, Landwirte und Betriebe im Einzugsbereich der Wasser- und Bodenverbände, hinsichtlich einer möglichen zwangsweisen „Heranziehung zur Mitgliedschaft“ nach § 9 Wasserverbandsgesetz (WVG) (bitte dabei die Möglichkeiten angeben, die Beteiligte im Einzugsbereich erhalten sollen, dem Heranziehungszwang entgegen zu können)?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sicherstellt, dass landwirtschaftliche Betriebe mit Geflügelhaltung in einer Geflügelpest-Schutzzone, deren Tierbestände nachweislich gesund sind, unter klar definierten Biosicherheits- und Kontrollauflagen weiterhin auf dem eigenen Hof schlachten dürfen, analog zu den nach Art. 44 der EU-Verordnung (EU) 2023/594 vorgesehenen Benennungsverfahren bei der Afrikanischen Schweinepest (ASP), um eine praxisnahe und kontrollierte Direktvermarktung zu ermöglichen, welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, im Rahmen der Geflügelpest-Schutzmaßnahmen regionale, kontrollierte Direktvermarktung (ab Hof und auf Bauernmärkten) für Geflügelfleisch und Eier aus gesunden, amtlich überprüften Beständen in Schutzzonen zuzulassen – z. B. durch zeitlich befristete Ausnahmegenehmigungen, behördlich überwachte Vermarktungspfade oder spezielle Kennzeichnungs- und Dokumentationspflichten – und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass landesweit einheitliche und praxistaugliche Verfahren für die Genehmigung von Hofschlachtungen, Verarbeitung und Direktvermarktung in Geflügelpest-Schutzzonen geschaffen werden – etwa durch Muster-Allgemeinverfügungen, vereinfachte Antragsverfahren oder Leitfäden nach dem Vorbild der bei der ASP erprobten pragmatischen

Lösungen für kleine Direktvermarkter?

Holger Griebshammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihre Entscheidung vom 07.07.2025, das Grundstück des Strafjustizzentrums München zu verkaufen, auf Grundlage der Machbarkeitsstudie getroffen worden und welche Kriterien für soziale und ökologische Nachhaltigkeit lagen der Entscheidung (neben ökonomischen Argumenten) zugrunde?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der Stand der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung des Grundstücks des Strafjustizzentrums München, wurde die Machbarkeitsstudie zu Ende geführt und falls dies noch nicht der Fall sein sollte, wann wird sie fertiggestellt sein?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Angesichts des schweren Brandes der Kissinger Hütte auf dem Feuerberg (Gemeinde Sandberg, Landkreis Rhön-Grabfeld), der die Unterkunft fast vollständig zerstört hat (Mainpost vom 18.03.2025 „Kissinger Hütte in Flammen: Hauptgebäude des beliebten Ausflugsziels in der Rhön wurde fast komplett zerstört“), frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten der Förderung bzw. finanziellen Unterstützung für die Wiederinstandsetzung des Gebäudes dem Rhönklub Zweigverein Bad Kissingen e. V. zur Verfügung stehen, welche über die üblichen Förderprogramme hinaus gehenden, derzeit abrufbaren Finanzmittel für besondere Bedarfe genutzt werden könnten und was unternimmt die Staatsregierung derzeit und zukünftig, um den Erhalt von Wanderhütten zu sichern?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen plant sie, um den Ausbau der Prävention im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen wie im Masterplan Prävention beschrieben zu unterstützen und voranzutreiben, welche Projekte oder Programme existieren in Bayern aktuell, um die Teilnehmeraten an der J1-Untersuchung zu erhöhen (bitte unter Angabe der aktuellen Teilnehmerzahl) und welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über bestehende Barrieren bzw. Gründe für niedrige Teilnahmequoten bei den J1-Untersuchungen vor?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Folgen der nach ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) sowie des Bayerischen Gesetz zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes (BayAGWVG) künftig erweiterten Kompetenzen für Wasser- und Bodenverbände für die kommunale Trinkwasserversorgung, insbesondere hinsichtlich der Gefahr einer strukturellen Benachteiligung der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber anderen Nutzungen sowie der unter Umständen schwierigen praktischen Durchsetzbarkeit des Vorrangs der Trinkwasserversorgung, welche konkreten Pflichten zum Schutz und zum Erhalt des Grundwassers, insbesondere im Vergleich zu kommunalen Wasserversorgern, haben die Wasser- und Bodenverbände zukünftig, insbesondere angesichts der reinen Freiwilligkeit von Maßnahmen wie Moorrenaturierung und Was-

serrückhalt und wie bewertet die Staatsregierung die Ungleichbehandlung von Körperschaften öffentlichen Rechts und die Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz gemäß Art. 3 des Grundgesetzes in Bezug auf die unterschiedlichen Regelungen zur Befreiung vom Wasserentnahmeentgelt?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit unterstützt der Freistaat Bayern das im Bundesprogramm Biologische Vielfalt geförderte Projekt „Quervernetzung Grünes Band“ (Oktober 2019 bis September 2025), wie ist der Stand der Umsetzung des Projekts in den bayerischen Vernetzungsgebieten „VG Rhön Grabfeld“ und „VG Innerer Bayerischer Wald“ und wo bestehen noch Lücken im Grünen Band in Bayern?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Pressemeldungen über die Sanierung der Wasserleitungen im Gebäude der Polizeiinspektion in Planegg im Landkreis München und einen geplanten Neubau frage ich die Staatsregierung, ob und wenn ja welches Grundstück für einen Neubau zur Verfügung steht und für welchen Zeitraum die Staatsregierung den Neubau plant?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld sie im Jahr 2024 direkt oder indirekt für Meldestellen im Internet sowie für Faktenchecker ausgegeben hat, an welche konkreten Einrichtungen, Stellen oder Projekte diese Gelder direkt oder indirekt geflossen sind und in welchen Haushaltstiteln oder -posten diese Ausgaben verzeichnet sind?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten für die Verfahrenseröffnung vor dem neu eingerichteten Schiedsgericht werden nach Kenntnis der Staatsregierung nach aktuellem Stand aller Voraussicht nach auf Hinterbliebene und Opferfamilien sowie alle Parteien zukommen, die den Gang vor das Schiedsgericht in Erwägung ziehen, welche weiteren rechtlichen, verfahrenstechnischen und/oder administrativen Voraussetzungen bestehen nach Kenntnis der Staatsregierung für Hinterbliebene und Opferfamilien, insbesondere im Hinblick auf Anwaltpflicht, Zugang zu rechtlicher Begleitung, Beratung und Vertretung und Nachweisführung im Rahmen der Schiedsgerichtsbarkeit zu NS-Raubkunst und welche Unterstützungsmöglichkeiten sieht die Staatsregierung vor, um für Verfahren, die in Bayern verwahrte Objekte betreffen, Hinterbliebene und Opferfamilien bei der Einleitung von Verfahren über die Schiedsgerichtsbarkeit zu NS-Raubkunst finanziell, fachlich oder organisatorisch zu entlasten und zu unterstützen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie den Beschluss des Regionalen Planungsverbands Augsburg vom 17.09.2025 zur rechtsverbindlichen Feststellung der Erreichung des 1,1-Prozent-Flächenziels durch Heranziehen der kommunalen Flächennutzungspläne und dessen Auswirkungen auf den angestrebten Ausbau der Windenergienutzung, welche Kenntnis hat die Staatsregierung über möglicherweise für Windenergienutzung ungeeigne-

te Flächen, die durch den Beschluss zur Erfüllung des 1,1-Prozent-Flächenziels herangezogen werden und inwieweit können die Ergebnisse der Prüfungen der Raumverträglichkeit sowie Umwelt- und Naturverträglichkeit, die im bisherigen Prozess der Regionalplanfortschreibung für die Ausweisung möglicher Vorrangflächen durch den Regionalen Planungsverband bereits erfolgt sind, für die Ausweisung weiterer Flächen verwendet werden?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gesamtkosten für den von der Staatskanzlei im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels 2025 ausgerichteten Staatsempfang tatsächlich entstanden sind, welche Gesamthöhe der Kooperationsvertrag des Staatsministeriums für Digitales mit der Weimer Media Group umfasst und anhand welcher Unterlagen lässt sich nachprüfen, dass die geltenden Ausschreibungs- und Schwellenwertvorgaben eingehalten wurden (bitte die Unterlagen übermitteln)?

Stefan Löw
(AfD)

Da auf einem Bauernhof in Dasing (Lkr. Aichach-Friedberg) teils unerträgliche Zustände herrschen bzw. geherrscht haben sollen, frage ich die Staatsregierung, wann wurden die zuständigen Behörden (bitte nennen) über die Zustände auf dem Dasinger Betrieb informiert (bitte jeweils Datum und Adressat der Meldungen in den letzten fünf Jahren nennen), wie haben die zuständigen Behörden auf diese Meldungen reagiert (bitte Zeitpunkt der Betriebsprüfung durch die zuständigen Behörden und deren Ergebnis nennen) und welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Missstände abzustellen (bitte aufzählen und erläutern)?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Teilnehmer waren nach Kenntnis der Polizei an der Demonstration beteiligt, weshalb wurde das Vermummungsverbot nicht durchgesetzt und welche Maßnahmen wurden gegen festgestellte Verstöße eingeleitet?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren wurden im Jahr 2024 von bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet, wie viele davon bisher erledigt und wie viele Verfahren sind davon aktuell noch offen?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche jährlichen Kosten für die Übernahme von Führerscheinen im Rahmen des freiwilligen Bayernjahres konkret erwartet werden, aus welchen Mitteln, Haushaltsposten oder Staatsministerien diese Finanzierung vorgesehen ist (u. a. auch aus Neuverschuldung bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Freistaates Bayern im Rahmen der novellierten Schuldenregeln für die Bundesländer oder etwa aus Bundesmitteln, wie den Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität) und wie viele Jugendliche die Staatsregierung insgesamt erwartet, durch das Bayernjahr zu erreichen beziehungsweise zu mobilisieren?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Personalkosten bei der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), wie viele Erlöse erwirtschaftete die IMBY in den letzten zehn Jahren (bitte nach

GRÜNEN)	Jahren aufschlüsseln) und welche rechtlichen Änderungen sind notwendig, damit die IMBY nach Gemeinwohlinteressen agieren kann?
Johann Müller (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, ob sie es für notwendig erachtet, zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2026/2027 neue Schulden aufzunehmen, ob entsprechende Kreditaufnahmen bereits geplant sind und in welcher Höhe diese gegebenenfalls vorgesehen sind?
Ruth Müller (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der hebammengeführten Kreissäle in den vergangenen fünf Jahren in Bayern entwickelt (bitte mit Nennung der Standorte der Krankenhäuser), wie hat sich die Anzahl der dort beschäftigten Hebammen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte in Bezug setzen zur Anzahl der zu betreuenden Geburten an den jeweiligen Standorten) und wie viele hebammengeführte Kreissäle sollen in den kommenden fünf Jahren in Bayern neu eingerichtet werden (bitte mit Nennung der jeweiligen Standorte und Anzahl der geplanten Stellen für Hebammen pro neuem Standort)?
Verena Osgyan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Angesichts der Äußerung der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär im Rahmen der Regierungsbefragung am 08.10.2025, dass die Länder für Verzögerungen bei BAföG-Anträgen verantwortlich seien, frage ich die Staatsregierung, wie lange ist die durchschnittliche Dauer nach dem Einreichen der vollständigen Unterlagen bis zum Erhalt der ersten BAföG-Zahlung in Bayern, was sind die häufigsten Gründe für eine verspätete Bearbeitung von BAföG-Anträgen und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die Bearbeitungszeiten zu verringern?
Tim Pargent (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, in welchem Planungsstadium befindet sich der 2. Bauabschnitt des BayernHeim-Projekts in Bayreuth (Röhrenseekaserne-Mitte), wann beginnen hierfür die für 2026 geplanten Bauarbeiten und welche weiteren Projekte sind oder waren in Bayreuth geplant?
Anna Rasehorn (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Nester der Asiatischen Hornisse (<i>Vespa velutina</i>) wurden in Bayern bislang festgestellt und entfernt (bitte nach Landkreisen und Zeitpunkt aufschlüsseln), wie ist die Informationskette zwischen Meldung, Bewertung, Schadensaufnahme und Entfernung derzeit organisiert und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die derzeitigen Mittel zur Bekämpfung und Meldung dieser invasiven Art verstetigt werden?
Doris Rauscher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gründerzentren gibt es in Bayern, welche staatlichen Fördermöglichkeiten gibt es (derzeit und künftig) für diese und wie viele der bayerischen Gründerzentren erhalten derzeit eine Förderung (und auch derzeit begründet keine Förderung) durch den Freistaat?
Markus Rinderspacher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, mit welchem Erlös rechnet sie bei einem Verkauf des Grundstücks des Strafjustizzentrums Mün-

chen, sind der Staatsregierung bereits Kaufinteressenten bekannt und mit welchen Kosten kalkuliert sie im Falle der ursprünglich geplanten Schaffung von Wohnraum auf dem Grundstück (sowohl die Variante Abriss und Neubau als auch bei Umbau des bestehenden Gebäudes)?

Elena Roon
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie können Eltern von Kindern mit Behinderung eine Befreiung vom schulischen Sprachscreening erhalten und mit welchen Beobachtungsinstrumenten wird der Sprachentwicklungsstand von Kindern mit Behinderung in allgemeinen Kindertagesstätten in Bayern erhoben?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Abgeordneten des Landtags gegenwärtig von den bayerischen Sicherheitsbehörden beobachtet werden, aus welchen Gründen diese Beobachtung erfolgt und zu welchem Ergebnis die angekündigte Prüfung einer möglichen Beobachtung weiterer Abgeordneter geführt hat?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sowie rechtlichen Konsequenzen liegen in den Ermittlungsverfahren gegen die Identitäre Bewegung bzw. verantwortliche Aktivisten anlässlich der Flyeraktionen an Münchner Schulen im Mai 2025 konkret vor, welche Erkenntnisse sowie rechtlichen Konsequenzen liegen in den Ermittlungsverfahren gegen die Identitäre Bewegung, Burschenschaften bzw. verantwortliche Aktivisten anlässlich der Banneraktion auf dem Oktoberfest 2025 konkret vor und inwieweit wird die Staatsregierung die Tagung „Schwabinger Gespräche“ der „Burschenschaft Danubia“ und der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ am 24.10. bis 26.10.2025 in München für weitergehende Ermittlungen im Zusammenhang mit den oben genannten Taten und darüber hinausgehenden nutzen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Handwerkskammer für Oberfranken bereits am 27.03.2025 den Förderantrag für den Neubau des Bildungszentrums Bamberg beim Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie eingereicht hat und davon auszugehen ist, dass das fachliche Gutachten der Landesbaudirektion Bayern inzwischen vorliegt, frage ich die Staatsregierung, wann ist mit einer Förderzusage für die Handwerkskammer für Oberfranken zu rechnen, sind die dafür nötigen Haushaltsmittel im Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 eingeplant und wenn ja, in welcher Höhe?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Nachdem seit Sommer 2025 die Aufzüge am Bahnhof Mindelheim außer Betrieb sind, somit der Bahnhof nicht mehr barrierefrei ist und es an jeglicher öffentlicher Information fehlt, bis wann wieder Barrierefreiheit hergestellt wird, frage ich deshalb die Staatsregierung, bis wann der – eigentlich – barrierefreie Bahnhof Mindelheim wieder barrierefrei sein wird, wie lange dieser Zustand (nicht einsetzbarer Aufzüge) dann insgesamt gedauert hat und was sind die Gründe für die verzögerte Reparatur?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Flächenziel für die Windkraft von 1,8 Prozent für Bayern gemäß Windenergieflä-

GRÜNEN)

chenbedarfsgesetz (WindBG) auf die 18 regionalen Planungsverbände aufgeteilt, nachdem die ersten regionalen Planungsverbände schon Mitteilungen dazu erhalten haben, wie hoch ist der genaue Prozentsatz pro Planungsverband und auf welcher fachlichen Grundlage wurden die jeweiligen prozentualen Festsetzungen getroffen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung angesichts ihrer Aussage, den Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks des Strafjustizzentrums München für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum andernorts in München verwenden zu wollen, wie garantiert die Staatsregierung, dass der Erlös bei einem Verkauf des Grundstücks direkt in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fließt und wo genau soll die von der Staatsregierung angekündigte Schaffung von bezahlbarem Wohnraum an anderer Stelle nach einem Verkauf des Grundstücks des Strafjustizzentrums umgesetzt werden?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Datengrundlage die Lehrkräftebedarfszahlen an Mittelschulen für die prognostizierte Einstellungssituation im Jahr 2029 (siehe „Bayerische Prognose zum Lehrereinstellungsbedarf 2025“, S. 28, Abb. 9b. Einstellungssituation an der Mittelschule grafisch) berechnet wurden, welche fachlichen und demografischen Annahmen diesen Berechnungen zugrunde lagen und aus welchen Gründen in diesem Zusammenhang ein rückläufiger Bedarf an Lehrkräften erwartet wird?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von wann ist die letzte Bedarfserhebung für Kinderwunschbehandlungen in Bayern, wer berät das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention in dieser Frage und welche Kriterien gibt es, ob eine Praxis eine Kassenzulassung für Kinderwunschbehandlungen bekommt?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da es seit März 2024 das Bundesprogramm Umbau Tierhaltung (BUT) gibt und dieses 2026 wieder ausgesetzt werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie viele Anträge wurden seitdem in Bayern für Investitionszuschüsse gestellt (bitte aufschlüsseln nach den Jahren 2024 und 2025), für was wurden die jeweiligen Förderungen beantragt und wie sollen der Stallumbau und andere Umbaumaßnahmen für das Tierwohl außerhalb des Bundesprogramms finanziert werden?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unterhält der Freistaat Bayern analog zum Welterbefonds des Bundeslandes Baden-Württemberg einen Fonds zum Schutz und Erhalt, Pflege und Vermittlung sowie Inwertsetzung und Vernetzung der Welterbestätten in Bayern, wenn nicht, existiert ein vergleichbares Förderprogramm oder ist ein solches geplant (bitte um Begründung)?

Katja Weitzel
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie Möglichkeiten, die Freie Münchner und Deutsche Künstlerschaft e. V. (FMDK) bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für ihren jährlichen KUNSTSALON – eine seit über 63 Jahren erfolgreich durchgeführte Bestandsschau bayerischer und internationaler Künstlerin-

nen und Künstler – zu unterstützen, nachdem die bisherige Ausstellungsmöglichkeit im Ägyptischen Museum entfallen ist und welche Chancen misst die Staatsregierung einer Rückkehr des FMDK als Aussteller in das Haus der Kunst bei?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche sozialen Leistungen gewährt der Freistaat Bayern ergänzend zu den bundesweiten Sozialleistungen, in welchem Umfang wurden diese Leistungen (in Euro) in den Jahren 2020 bis 2025 abgerufen und mit welcher Quote (Gesamte Bezugsfälle in Relation zu überprüften Fällen) sind Überprüfungen der rechtmäßigen Bezugsberechtigung von Leistungsempfängern in den Jahren 2020 bis 2025 erfolgt?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war der Anteil an Genehmigungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung im Verhältnis zu allen Genehmigungsverfahren für Bau und Ausbau, Erweiterungen und sonstige wesentlichen Änderungen von Beschneiungsanlagen, Skipisten, Skiliften, Schleppliften und Seilbahnen in Bayern jeweils in den vergangenen fünf Jahren, welche Kriterien (Größe des Skigebietes in Hektar, Länge der Seilbahn/Schlepplift, Beförderungskapazität) waren dabei ursächlich für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und welche Anlagen lagen ganz oder zu wesentlichen Teilen auf einer Höhe von mehr als 1 800 m üNN (bitte nach Art des Vorhabens, Skigebiet, Skilift/Seilbahn, Kriterium UVP und Jahr auflisten)?